

Die Arbeiter erscheinen morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Berücksichtigung des Postverkehrs in Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Gebiet um Memel sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., in das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Veritas G. M. B. H., Breite Straße 5-6.

Die abgegebene Kopiergebühr oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Transportgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Transportgebühren. Große Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Berichte in West-Berlin: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Sozialistische

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Kein Krieg mehr - Sozialismus

W. E. Die politische Situation gleicht einem siedenden Kessel, er explodiert, wenn die Vernunft nicht das Ventil öffnet, um die gefährlichen Dämpfe abziehen zu lassen. Mehr als je fällt dem klassenbewussten Proletariat die Aufgabe zu, darüber zu wachen, daß es über Nacht nicht wieder, wie im August 1914, der Spielball ihm feindlicher Gewalten wird.

Die Annahme des Ultimatums, diktiert durch den energischen Druck der Entente-Militaristen, die Vorgänge in Oberschlesien, die Regierungskrise haben eine gefährliche Stimmung erzeugt. Die nationalistische Hejrpresse schürt, um Haß gegen die Sieger, um Revanchegelüste zu erzeugen. Die Monarchisten, die Wasser auf ihre Mühlen bekommen haben, meinen die Stunde gekommen, durch einen neuen Krieg das monarchistische System wieder aufzurichten. Dieselben verbrecherischen Elemente, die bewußt zum Weltkrieg getrieben, sind erneut am Werke, das deutsche Volk in weiteres Elend zu stoßen - wenn das Proletariat nicht auf dem Posten ist und von vornherein der Reaktion den schärfsten Widerstand entgegensetzt.

Die Lehren, die wir aus dem Weltkrieg gezogen, sollten nicht so leicht vergessen sein. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat die historische Aufgabe, die Massen der Arbeiterschaft aufzuklären, um sich zu sammeln und allen reaktionären Antrieben den energischsten Kampf anzusagen. Ihr erwächst die Pflicht, den Ausweg aus dem Hejrenkessel zu weisen und bannetragend auf dem Wege voranzuschreiten.

Gegenüber der nationalistisch-alledeutschen Hege und Revanchegelüste gilt es, festzuhalten, daß es neben dem internationalen besonders der deutsche Imperialismus war, der die Schuld am Ausbruch des Krieges trug.

Richard Grelling, einer der besten Kenner der deutschen Schuldfrage, veröffentlichte kürzlich in Nr. 17 der Zeitschrift „Sozialist“ wichtige Richtlinien zur Untersuchung der Schuldfrage. Nachdem er feststellt, daß die deutschen Machthaber unbedingte den österreichisch-ungarischen, kommt er darüber hinaus zu dem Ergebnis, daß sie weiterhin unbedingte auch den europäischen Krieg wollten. Es gab tatsächlich alledeutsch-imperialistische Strömungen, die den Willen hatten, absichtlich den Weltkrieg herbeizuführen. Weiterhin stellt er fest, daß man sich in jenen Kreisen, an deren Spitze die Militaristen unter Führung des Generalstabes mit dessen Chef von Koltke marschierten, bewußt auf den Krieg vorbereitet hat. Diese Treibeizen sind durch die bisher bekannt gewordenen Dokumente erwiesen. Die Schuld besteht zweifelsohne und kann durch keine Rechtfertigungen fortgewaschen werden. Grelling kommt dann auf den Grafen Montgelas zu sprechen, der früher ebenfalls die Schuld der geschilderten Kreise festgestellt hat, heute aber vollständig umgeschwenkt ist, und nun vielmehr die Unschuld der kaiserlichen Regierung nachzuweisen sucht. Dieser schrieb 1918 folgende zustimmende Bemerkungen zu Grellings Büchern:

„Meiner Ansicht nach, die auch durch persönliche Beobachtungen gestützt wird, lassen sich bis zum Jahre 1912 klare Beweise, auf Grund deren ein Schuldanspruch möglich wäre, für eine Kriegspolitik auf deutscher Seite nicht erbringen. Nach den beiden Balkankriegen scheint dann der Entschluß zum Präventivkrieg in maßgebender Stelle durchgedrungen zu sein.

Die dreifache Schuld Deutschlands würde ich anders formulieren:

1. weil es vor dem Kriege die Sicherung des Friedens mit dem veralteten und untauglichen Mittel ständig gesteigerter Rüstungen angestrebt hat;
 2. weil es den Krieg als Präventivkrieg bewußt herbeigeführt hat;
 3. weil es Kriegsziele angestrebt hat, die ein einigermaßen ehrlicher Gegner nicht annehmen konnte.
- Der am 5. Juli beschlossene Präventivkrieg war schon im September 1914 zum Eroberungskrieg geworden.“

Grelling selbst kommt am Schluß seiner Abhandlung zu folgendem Ergebnis, das er in verschiedenen Thesen niederlegt:

1. Die Machthaber Deutschlands und Österreich-Ungarns sind schuldig, den im Sommer 1914 ausgebrochenen Krieg herbeigeführt zu haben.
2. Der Nährboden, aus dem dieser Krieg hervorgegangen, ist die imperialistische Richtung aller Regierungen, verbunden mit dem Mangel jeder zwingenden pazifistischen Organisation zur Regelung ihrer Streitigkeiten und jeder vertragsmäßigen Beschränkung ihrer Rüstungen zu Wasser und zu Lande.
3. Diesen Nährboden zu beseitigen oder wenigstens die Entstehung des Kriegsbausses aus diesem Nährboden zu verhindern, war der Zweck der Haager Konferenzen und ebenfalls der folgenden deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen. Es war auch der Zweck der deutsch-englischen Abmachungen bezüglich Mittelafrikas und Kleinasiens, die zur Zeit des Kriegsausbruchs zur Unterschrift reif waren.
4. Die wesentlichen Ziele der Haager Konferenzen, dergleichen die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen sind durch Deutschlands Schuld zum Scheitern gebracht worden. Gleichzeitig hat der Pangermanismus und der kriegsheterische

Neue französische Drohungen

Fortsetzung des Notenwechsels

CC. Paris, 24. Mai.

Der gestrige Empfang des deutschen Botschafters Dr. Mager bei Briand dauerte zwanzig Minuten. Briand übergab dem Botschafter eine Note, die darlegt, daß die Offensiv der deutschen Truppen zwar aufgehalten worden sei und daß Frankreich nun die Hoffnung habe, daß sie nicht wieder aufgenommen werde. Sollte aber der gegenteilige Fall eintreten, so würde die deutsche Regierung die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn die Alliierten gemeinsam jene Zwangsmassnahmen ergreifen würden, die sie für notwendig erachteten.

CC. London, 24. Mai.

Lord Curzon berief gestern den deutschen Botschafter Dr. Sthamer zu sich und überreichte ihm eine Note.

Sthamer bemerkt hierzu, daß die englische Regierung nunmehr den französischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage zu teilen beginne und daß sie namentlich weiteren Truppenentsendungen nach Oberschlesien nicht gleichgültig gegenüber bleiben würde.

Paris, 23. Mai.

Sthamer meldet, daß die französische Regierung im Verlauf des gestrigen Tages durch Vermittlung des französischen Botschafters dem Foreign Office (Auswärtiges Amt in London) zwei Noten überreicht habe. In der einen ersuche sie darum, daß der britische Botschafter den bereits unternommenen Schritt unterstütze, um von der deutschen Regierung die Zusicherung zu erhalten, daß sie nicht nur die Sperrung der deutschen Grenze nach Oberschlesien sicherstelle, sondern auch für die Verjagung dieser Gebiete und die Absonderung der Gelber zur Wahrung der Arbeiterschaft Sorge. Die andere Note erkläre, daß die deutschen Eingriffe in Oberschlesien nicht sowohl von den in Oberschlesien lebenden Deutschen herrühren als vielmehr von wohlorganisierten Freikorps, die in das Gebiet vorgezogen seien.

Die englischen Forderungen

III. Paris, 24. Mai.

Der englische Gesandte in Berlin hat die deutsche Regierung aufgefordert, der Reichsbank sofort den Auftrag zu geben, die Beträge, die für die Auszahlung der Gehälter an die Bergarbeiter in der Industriezone in Oberschlesien nötig sind, abzusenden und ferner, daß das deutsche Eisenbahnpersonal in Oberschlesien ausbilden soll, sich dem Durchzug der Züge, die für die Nahrungsmittelversorgung des durch die polnischen Aufständischen besetzten Gebietes erforderlich sind, zu widersetzen. Er hat jedoch nicht die Frage des Verbotes des Durchzuges von deutschen Heeresabteilungen und deutschen Materials, wonach die französische Regierung gefragt hat, berührt.

London, 24. Mai.

Wie Reuters erfährt, sprechen maßgebende Kreise in London ihr Erstaunen aus über die Meldung, die französische Re-

gierung habe gefordert, daß in Berlin ein neuer Schritt unternommen werde, um die deutsche Regierung aufzufordern, den Einmarsch von Freiwilligen nach Schlesien zu verhindern. Der britische Botschafter in Berlin habe sich in dieser Frage schon verschiedene Male mit vollem Erfolg an die deutsche Regierung gewandt. Am 12. Mai habe die deutsche Regierung einen Aufruf erlassen, in dem sie die Rekrutierung von Freiwilligen für den Kampf in Oberschlesien unter Androhung strenger Strafen verbietet. Jetzt habe sie in der gleichen Frage eine entsprechende Antwort auf die Note der Interalliierten Militär-Kontrollkommission vom 14. Mai erteilt. Reuters gibt diese Antwort im Wortlaut wieder und führt dann fort: Es ist unnötig zu sagen, daß man in London genau so gut wie in Paris der Meinung ist, das unerwünschte Eindringen von Freiwilligen in das schlesische Abkimmungsgebiet sollte durchaus verhindert und das schlechte Beispiel Korsantins sollte von den Deutschen nicht nachgeahmt werden.

Die Interpellationen in der französischen Kammer

Paris, 24. Mai.

„Laut Journal“ werden in der heutigen Kammer Sitzung zwei Interpellationen über die Lage in Oberschlesien eingebracht werden, die eine von der sozialistischen Kammerfraktion und die andere von nationalen Blo. Die Abgeordneten Galli und Penrouz hätten die Absicht ausgesprochen, die Regierung aufzufordern, unverzüglich die angekündigten Sanktionen in Anwendung zu bringen, wenn die Deutschen die Ordnung - „Journal“ schreibt „wörtlich“ - in Polen stören würden.

Ein neuer italienischer Vorschlag

CC. Paris, 24. Mai.

Der römische Korrespondent des „Matin“ meldet, daß Graf Sforza gestern eine lange Unterredung mit dem englischen Botschafter Buchanan hatte. Man unterhielt sich über Oberschlesien. In Rom bedauert man die Verzögerung der Konferenz von Boulogne. Der italienische Außenminister will dem Obersten Rat ein neues Projekt für die Aufstellung Oberschlesiens vorlegen. Danach soll Deutschland alle jene Gebiete erhalten, in denen es eine ungewisse Mehrheit erlangte. Gleichzeitig aber soll die Spitze des deutschen Gebietes in das Zentrum des Kohlengebietes gehen, das den Polen zugesprochen werden soll.

Vor der Aufhebung der Sanktionen?

III. Düsseldorf, 24. Mai.

Nach Mitteilungen aus englischen Quellen steht die Aufhebung der Sanktionen im Rheinland bis spätestens 6. Juni in Aussicht. Einige Tage vorher wird die Räumung der Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort durch die Besatzungstruppen angeordnet werden.

Militarismus in Deutschland von Jahr zu Jahr an Umfang und Einfluß gewonnen und immer stärkeren Druck auf die leitenden Regierungskreise ausgeübt. In keinem anderen Lande Europas ist die „Notwendigkeit“ eines Großmachtkrieges, die Schnelzug nach einem solchen, die Aufstachelung des Volkes zu kriegerischen Gesinnungen so systematisch, so skrupellos, mit so umfassenden Mitteln aller Art betrieben worden, wie in Deutschland. Alle diese Umstände zusammengenommen ergeben, daß an der Schaffung und Fortdauer des Nährbodens für einen Krieg Deutschland mit seinen Bundesgenossen, im Vergleich zu den Ententemächten, die weit überwiegende Schuld trägt.

5. Der Schuldanteil der Ententemächte besteht im wesentlichen darin, daß auch sie, wie die Dreihundmächte, eine imperialistische, expansionslustige Politik getrieben haben. Dieser Schuldanteil wird aber dadurch gemindert, daß sie völkerrechtliche Organisationen angestrebt und vorgeschlagen haben, dazu bestimmt, kriegerische Entladungen des europäischen Spannungszustandes zu verhindern.

6. Selbst wenn die Richtigkeit vorstehender Thesen (4 und 5) bestritten werden sollte, selbst wenn man die Schuld an dem im Sommer 1914 bestehenden Spannungszustand gleichmäßig auf alle Großmächte verteilen wollte, so ist doch folgendes unbestreitbar: England, Rußland und Frankreich haben sich unangenehm bemüht, während der kritischen Tage vom 23. Juli bis zum 4. August 1914 einen friedlichen Ausgleich des österreichisch-ungarischen und des daraus hervorgegangenen österreichisch-russischen Konflikts zustande zu bringen. Die Gesamtheit der heute vorliegenden Dokumente ergibt klar die Friedensbemühungen von ihrer Seite, die ablehnende oder dilatorische Behandlung aller ihrer Vermittlungsvorschläge von Seiten der Zentralmächte. Damit vollends jeder Schuldanteil an dem Ausbruch dieses Krieges, den man aus der entfernteren Vorgeschichte zu Lasten der Ententemächte herleiten könnte, be-

seitigt. Es ist hier analog - mutatis mutandis - der Grundsat des Reichsstrafgesetzbuches (§ 46) anwendbar, wonach derjenige straflos bleibt, der den Eintritt des zur Vollendung des Verbrechens oder Vergehens gehörigen Erfolges durch eigene Tätigkeit abgewendet hat.“ Selbst wenn die Ententemächte in der entfernteren Geschichtsperiode vor Ausbruch des Krieges in gleichem Maße wie die Zentralmächte an der Schaffung des Nährbodens für den Kriegsbausses die Schuld trügen - was meines Erachtens das Gegenteil der Wahrheit ist -, selbst dann müßten sie von jeder Schuld, von jedem Schuldanteil an dem Kriegsausbruch von 1914 freigesprochen werden, da sie alles Menschensmögliche versucht und getan haben, den Eintritt der verhängnisvollen Folgen der europäischen Großmachtspolitik durch eigene Tätigkeit abzuwenden.“ Also: selbst ihr Sündenregister aus der entfernteren Vergangenheit zugestanden, müßte ihre Gegenwartschuld bestritten werden.

Unter diesem Gesichtswinkel haben wir die Situation zu betrachten und den Kampf gegen die nationalistische Reaktion zu führen. Unsere Waffen sind denen des Gegners überlegen. Das heißt durchaus nicht den Gewaltfrieden und das letzte Ultimatum der Entente zu verteidigen. Wir sind uns viel zu sehr klar darüber, daß auf imperialistisch-kapitalistischem Wege niemals diese Fragen geregelt werden können. Das kann nur das Proletariat im internationalen Zusammenschluß im Kampfe gegen die Bourgeoisie. Die Tagungen der revolutionären sozialistischen Parteien in Wien und Amsterdam zeigten den Weg, der allein eine Lösung zum Wohle der gesamten Menschheit bringt. Sie drückten aber auch den Massenwillen des klarsichtigen Proletariats aus, den Kampf auf dem hier gewiesenen Wege und für das darüber hinaus liegende Ziel, die Verwirklichung des Sozialismus, mit allen Kräften aufzunehmen. Den Krieges-

hegen aber heißt es, den Ruf von Millionen entgegen zu donnern: Nie wieder Krieg — dafür aber den Sozialismus, der alle internationalen Fragen durch das Proletariat auf friedlichem Wege regelt.

Die Eisenstirnigen

Wie immer in sehr zeitgemäßer Weise, hat der Nationalverband deutscher Offiziere am Sonntag eine große Kundgebung zur Schuldfrage veranstaltet, die mit der Annahme einer von „flammenden Entschlossenheit“ erfüllten Entschlossenheit endete. Der frühere Kriegsminister General von Stein erbrachte, wie der „Lokalanzeiger“ triumphierend meldet, den Nachweis, daß von einer Schuld der Deutschen im Kriege nicht gesprochen werden könne. Ebenso wies der frühere konser-vative Reichstagsabgeordnete Dr. Wildgrube nach, daß auch von einer Schuld Deutschlands am Kriege keine Rede sein könne. Deutschland sei absolut unschuldig; der wahre Urheber des Weltkrieges sei König Edward mit seiner Entschlossenheit gewesen.

Uns erscheinen die Ausführungen der beiden „prominenten“ Redner als viel zu gemäßigt. Sie hätten sich nicht bloß auf die „Feststellung“ der blütenweißen Unschuld Deutschlands beschränken dürfen, sondern hätten auch darauf hinweisen müssen, daß die anderen Staaten rasch den Frieden gebrochen und die Mittelmächte überfallen haben, daß Serbien, Oesterreich-Ungarn angegriffen und Belgien, Deutschland überfallen hat, daß Deutschland auch während des Krieges immer den Frieden gewollt und nie an Annexionen gedacht habe, u. s. w. Es ist unverständlich, daß weder der frühere Kriegsminister Stein, noch Herr Wildgrube diese Feststellungen gemacht haben. Erst dann wäre ihren Zuhörern die „volle Wahrheit“ über die Schuld am Kriege zum Bewußtsein gekommen.

Zentrumsdiplomatie

Das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ gibt an Leitender Stelle eine Zuschrift „aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums“ wieder, die sich mit der innerpolitischen Lage beschäftigt. In dieser Zuschrift ist beachtenswert, daß die rechtsstehenden Parteien, die das Ultimatum abgelehnt haben, mit höflicher Gebärde eingeladen werden, an der Ausführung der Ultimatus mitzuarbeiten. So hoch auch jene Hälfte der Demokratischen Partei, die gegen Annahme des Ultimatus war, von keiner Seite zurückgefallen worden, als sie sich bereit erklärte, an der demütigsten Erfüllung mitzuwirken. Das ist eine sehr bewußte Einladung an die Stinnespartei, trotz ihrer Ablehnung des Ultimatus in die Regierung einzutreten.

Sehr interessant sind in diesem Zusammenhang die weiteren Äußerungen der „parlamentarischen“ Zuschrift, die eine sehr deutliche Ablehnung einer Unfs gerichteten Politik der Regierung enthalten.

Wer glauben sollte, die Regierung sei bei ablehnender Haltung einer früheren Koalitionspartei „Forderungen, Forderungen“ sehr weit links stehender Kreise zuzunehmen, die zur Erfüllung des Ultimatus und zum allmählichen Wiederaufbau nicht absolut notwendig sind, sondern nur eine Theorie zum Siege verhelfen sollen, die von unserer christlichen Weltanschauung unbedingt abgelehnt werden muß, der gilt sich einer schweren Täuschung hin. Auch für die Zentrumspartei gibt es Grenzen des Entgegenkommens. Das wollen wir vor allem jenen sagen, die nach links hin sich so leichtfertig bemühen. Spekulationen auf einen sogenannten linken Flügel im Zentrum oder auf eine Arbeitergruppe würden sich bald als höchst töricht erweisen.

Es wäre von großem Interesse zu erfahren, wie ein Punkt eines linksgerichteten Programms, wie es beispielsweise in den zehn Punkten des Zentralkomitees der U. S. R. D. formuliert ist, der „christlichen Weltanschauung“ des Zentrums widersprechen. Sind es etwa die, die die Wiederputzungsarbeiten den bestgehenden Klassen und nicht den in Not und Elend hinnegetriebenen arbeitenden Klassen aufzubürden wollen? Oder die, die den Hunderttausenden Arbeitslosen ein menschenwürdiges Dasein und produktive Arbeit verschaffen wollen? Oder die, die die Produktionsmittel in Industrie und Landwirtschaft der anarchischen Willkür der Kapitalisten

und Junker entziehen und der Gesamtheit übergeben wollen? Eine klare Antwort auf diese Fragen wäre schon deshalb notwendig, weil das Zentrumsorgan auch im Namen der Arbeitergruppe des Zentrums die linksgerichteten Bestrebungen in der Partei auf das Schrofste zurückweist. Die Zentrumsarbeiter haben das Recht, statt diplomatischer Fäulnis und allgemeiner Hinweise auf die „christliche Weltanschauung“ klare und prägnante Antworten über die Stellung des Zentrums zu den Lebensfragen des gesamten werktätigen Volkes zu erlangen.

Die Ausführung des Ultimatus

Amlich wird mitgeteilt: Mit dem 22. Mai lief die zweite Frist ab, die der Deutschen Regierung von der Interalliierten Militär-Kontroll-Kommission zur Ausführung des Ultimatus gesetzt worden war. Die Kommission hat verlangt, daß in Zukunft jede Beförderung von Waffen und anderem Heeresmaterial einschließlich der durch die Ablieferung, Zerstörung oder Unbrauchbarmachung notwendig werdenden Beförderungen verboten sein soll, falls sie nicht von der Kommission vorher genehmigt worden ist. Die zu diesem Zwecke gegebenen Befehle sollten der Kommission vor dem 23. Mai mitgeteilt werden; sie sollten auch auf das Material Anwendung finden, das sich aus irgendeinem Grunde im Besitz der Reichswehrhandgesellschaft befindet.

Das Reichswehrministerium hat einen diesen Forderungen entsprechenden Befehl am 19. Mai erlassen; die erforderlichen Anweisungen für das im Besitz der Reichswehrhandgesellschaft befindliche Material sind vom Reichswehrministerium am 21. Mai getroffen worden. Beide Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontroll-Kommission gebracht worden.

Kommunistische Dummheiten

Aus Braunschweig wird uns geschrieben:

Nach dem Parteitag von Halle schwenkten drei Landtagsabgeordnete aus der Fraktion der U.S.P. zu den Kommunisten ab. Ueber die Gründe ließe sich mancherlei sagen. Nur einer von ihnen, der Lehrer Steners, ließ sich wohl von seiner politischen Überzeugung leiten, bei den beiden anderen waren es Gründe sehr persönlicher Art, getränktes Selbstbewußtsein u. s. w. Bei der Zusammenkunft des braunschweigischen Landtages (U.S.P. 20, Reichssozialisten 9, Kommunisten 3, Demokraten 3, Landeswahlverband 20 Sitze) ist nun der kommunistischen Gruppe — die Rechte einer Fraktion wurden dem Dreimänner-Kollegium verlagert — eine etwas eigenartige Rolle zugefallen. Die Kommunisten eingeschlossen, wäre eine sozialistische Mehrheit (32 gegen 28 Stimmen) vorhanden. Die Kommunisten belieben aber sehr oft aus der Reihe zu tanzen. Sie fühlen sich als „Zunahme an der Wage“ und setzen eine Art von Aggression, die weder ihrer tatsächlichen Bedeutung in irgendeiner Weise entspricht. Die drei Herren haben sich vollständig verheddert; durch wüsten Geschimpfe auf die sozialistische Landesregierung, die natürlich nicht die Verhältnisse nach den wirren kommunistischen Ideen umzupolen kann, suchen sie die Reihen ihrer Anhänger unkenntlich zu machen. Selbstverständlich nimmt es die heilige kommunistische „Niederländische Arbeiterzeitung“ mit der Wahrheit nicht sonderlich genau, wenn es gilt, der Landesregierung eins auszuwicheln.

In der letzten Landtagsitzung haben sich aber die drei Männer ein ganz besonderes Stückchen geleistet. Zwei von ihnen stimmten gegen einen Antrag unserer Fraktion, der eine Verlängerung der Legislaturperiode vorschlug. Dadurch wurde Stimmengleichheit erzielt und der Antrag wurde unter Jubelgeschrei der Bürgerlichen abgelehnt. Das nennt man politische Klugheit, in Wirklichkeit ist es eine arme Kindstapferei. Die Herren Kommunisten suchen die Regierung an positiver Arbeit zu hindern und reißen das Maul auf, wenn dadurch nichts geleistet werden kann. Sie wollen nicht leben, daß ihre Gefolgschaft bereits bedenklich zusammengeschmolzen ist, die nächsten Wahlen werden es beweisen.

Schwerer Unfall bei einem Arbeiterausflug. Wie die „Dresdener Nachrichten“ melden, stürzte am Sonntag ein Automobil bei einem Ausflug der Arbeiterchaft des Kolnerwerkes der Firma Schaubert in Hundorf bei Teplitz insjolge Reifens der Kette eine Böschung hinab. Von den vierzig Insassen wurden drei getötet und sechzehn schwer verletzt.

Der Streit um die Infil Pap. Wie aus Washington gemeldet wird, sind maßgebende Kreise der Ansicht, daß sich die Lage mit Bezug auf den Streit um Pap. befruchtigend entwickelt, und daß man der Regelung dieser Frage näherträte.

Krieg auf eigene Faust

Trotz der Zusicherungen, die die Regierung den Alliierten gegeben hat, werden die Freiwilligen-Verbände für Obereschleifen emsig weiterbetrieben. Die nationalistische Presse ist selbstverständlich entzückt darüber, daß dem Verbeugung überhaupt entgegengetreten wird und die von ihr vertretenen Kreise denken auch nicht im entferntesten daran, sich in ihrem Treiben stören zu lassen. So hat die „Deutsche Tageszeitung“ bei der Regierung angefragt, ob sie vielleicht die Ausgabe habe, „auf Kosten deutschen verlassenen Blutes“ den Mostauern und der von diesen fanatisierten Straße zu gefallen. Und der Alldeutsche Verband, dessen Kriegsverbrechen noch in frischer Erinnerung sind, der die Hauptschuld daran trägt, daß Deutschland in die jetzige Lage gebracht worden ist, besitzt die Frechheit, in einer Resolution von dem „Zorn jedes ehrliebenden Deutschen“ darüber zu sprechen, daß das Volk „wehlos dem Raubgelüste polnischer Abenteuerer ausgeliefert sei“ und er fordert „zur Selbsthilfe“ auf. Das bedeutet nichts anderes als offene Auflehnung gegen die Regierung. Diese muß jetzt zeigen, daß sie den ernststen Willen hat, der nationalistischen Hege ein Ende zu machen und alle Maßnahmen durchzuführen, die das Gebot der Stunde fordert.

Wir haben mehrfach nach Meldungen aus Dresden berichtet können, in welcher Weise von den Orgeschleuten der Krieg auf eigene Faust betrieben wird. Heute gehen uns von dort noch folgende Mitteilungen zu:

Mit dem Münchener Abendheft am Sonnabend passierten durch Dresden weitere, zifia 60 Orgeschleute, die sich als „Freischäcker Oberland“ bezeichneten. Ein gewisser Dr. Schmidt aus Breslau entpuppte sich als Transportführer. Auch der Vorkanzler am Sonntag brachte ebenfalls 40 bis 50 Mann aus Salzburg, teilweise Studenten, darunter auch 14 Oesterreicher. Diese fuhren entgegen den ersten Transporten auf Massenfahrtschein. Zu gleicher Zeit passierten 20 Mann Radaufreiter, d. h. angeworbene Freiwillige, die aus Obereschleifen zurückkamen, weil sie nicht mehr mitmachen wollten, den Bahnhof. Sie wurden hier angehalten. Einer von ihnen, ein erwerbsloser Holzarbeiter aus München, erzählte, er sei, bevor er sich anwerben ließ, auf das Bureau des Holzarbeiterverbandes gegangen. Der Vorsitzende habe ihm zugeredet, sich von der Orgeschleife anwerben zu lassen, da werde er doch mehr haben als 8 M. (!). Ein anderer wurde in Halle angeworben. Ihr Transportführer war ein Leutnant in Friedensuniform. Die Namen der Offiziere und Freiwelber erfahren die Leute nicht. Besprochene wurde eine einmalige Zahlung von 250 Mark und außerdem 50 M. pro Tag. Bekommen haben sie jedoch nichts. In Neustadt a. S. seien sie formiert worden. Eingeführt wurden sie nicht. Sie sind Studenten unterstellt worden und sollten an die Front gehen. Die Hälfte weigerte sich zu gehen. Verpflegung bekamen sie nicht. Wenn sie Hunger hätten, sollten sie sich das Nötige selbst von den Bauern holen. Das haben sie auch getan und einen Bauernhof geplündert. Die politischen Gefangenen wurden erschossen, da es angeblich den Deutschen bei den Polen genau so ergehe. Der Betreffende erzählte, er habe sechs erschossene Polen gesehen, wovon er einen selbst erschossen habe. Das die Bewaffnung unbelangt, seien nur die Studenten gut ausgerüstet. In Watronen fehlte es nicht, jedoch sei großer Mangel an Gewehren. Die Obereschleifer selbst hätten sie ausgelacht.

Am Montag passierten neuerdings Transporte den Bahnhof Dresden. Unter ihnen waren viele Studenten zu bemerken, die die Fenster verriegelten, sobald sich Außenstehende mit ihnen unterhalten wollten. Zu gleicher Zeit passierten auch wieder 10 Freiwillige aus Obereschleifen den Bahnhof, und diese sagten folgendes aus: Wir sind in München bei der Geschäftsstelle beim Reichswehrministerium, Knobelsch. 8, mit dem Besprechen, 50 M. täglicher Lohn und sofortige Beförderung bei Antritt in Neustadt (Schl.) in der Höhe der bis dahin entstandenen Ausgaben, angeworben worden. Wir mußten uns in Trupps so klein wie möglich, damit es der Interalliierten Kommission nicht auffallen sollte, am 18. abends 1/2 nach 6 Uhr, auf dem Hauptbahnhof München auf dem Perron einfinden, wofür uns ungefähr 450 Mann angeworben waren. In Neustadt (O. Schl.) wurden wir, ohne Breslau zu berühren, ausgeladen und entsprechend unserer früheren Bewaffnung formiert. Es herrschte auffälliger Mangel an Waffen. Die Studenten waren gut ausgerüstet. Sie hatten ihre Gewehre von der Einwohnerwehr und sie führten sie in der ersten Klasse, eingekauft in Leinwand, gleich mit. Geld bekamen die Angeworbenen nicht, die Verpflegung war mangelhaft, so daß ein großer Teil der Kasserde zum sofortigen Vorgehen nicht nachkam. Leute, die im Verdacht stehen, andere auszuheben, müssen beim Appell vorzitiert und nachdem die anderen weggezogen sind, werden sie von den Studenten mit Schlägen bedacht. Einzelne

Buioni in der Staatsoper

Die Erscheinung Buionis ist keine Verbindung gleichwertiger Kräfte zu einer einseitigen Persönlichkeit. Es ist unmöglich, aus den verschiedenen Kennzeichnungen seines Wesens ein künstlerisch einheitliches Wertmaß zu gewinnen. Seine reproduktive Größe ist zweifelloso in seiner schöpferischen Veranlagung begründet (die Bach-Buioni-Ausgabe, die jetzt im Verlag Breitkopf und Härtel vollständig vorliegt, ist das höchste Zeugnis dafür), aber damit ist noch nichts über das Schaffen an sich, das aus eigener Inspiration erwächst, ausgelagt. Gerade hier, im losgelassenen Verhältnis zu Wort und Ton, drängt sich die Grenze des scheinbar Unbegrenzten auf. Die künstlerische Unverfälschtheit des Buionis in der Natur Buionis läßt das beschränkte Maß und Abzumensliches seines schöpferischen Könnens besonders kritisch erkennbar werden. Man fühlt die gewaltige seelische Geistigkeit, die in diesem Hirn voll glühender Ideen nach Gestaltung verlangt, man erlebt sie nicht.

Der „Entwurf einer neuen Welt“ der Tonkunst ist vielleicht das Ueberragendste, was Buioni geschaffen hat. Hier offenbart er sich am entschiedensten als Revolutionär, hier wagt er weit über sich selbst hinaus — im Willen. Er ist als Bildner nicht der Geist, der mit Problemen ringt und Mittel überwindet, aber er ist die treibende Kraft, die der Umwelt im künstlerischen Willen einen starken Impuls verleiht. Der redende Künstler in ihm ist für das Erschaffen seiner Persönlichkeit bestimmender als der gestaltende. Ausdeutung, Interpretation, ist die Bedingung für die Wirkung seines musikalischen Schaffens, was den literarischen Grundzug und die Mittelbarkeit seiner musikalischen Produktion enthält. Wenn man in der Singschule Beethoven's der „poetischen Idee“ eine so heile Basis einräumt hat (mit Recht!), in wie engerem Verhältnis sind dann im schöpferischen Wesen Buionis Literat und produzierender Musiker einander zugehörig und von einander abhängig.

Die beiden Bühnenwerke „Turandot“ und „Arlecchino“ geben ein geschlossenes Bild seiner Produktivität. Wie im „Arlecchino“ zwischen den Fellen zu lesen verheißt, der wird bei der Abwicklung von abgegriffenen Kunstformen neben dem Literaten und Abstrakten ein Stück Dichter sehen. Es ist beinahe wie bei Maeterlinck: alltägliche Dinge, werden gesprochen, und es schwingt doch tiefste Seele mit; man muß den Gestalten selbständig etwas hinzufügen, um sie in ihrem inneren Sinn begreifen zu können. Arlecchino und Colombina, Intreua, Eifersucht und Entführung — das ist längst abgemessen samt aller jeden dialogischen Geistigkeit, aber daß in Harlekin den Harlekins der Moral und Konvention seine Betrachtung ins Gesicht schenkt und mitten im faulen Mist noch von der Sinne die offene Welt, die junge Erde und die feste Liebe verkündet, das ist neu.

Soll man die Musik auch zwischen den Takten hören? Die dürftige Essenz des „literarischen“ Arlecchino (ein „Porträt des Helden in zwei Profilen und einem ex facie“ will Buionis Musik nach seinen eigenen Worten darstellen) ist aus dem Konzertsaal bekannt; das Hinzutreten der Singstimme und orchesterlicher Effekte vertieft nicht den Eindruck. Leer an eigenem musikalischen Willen, verläßt die Melodie und Harmonik in den alten Singspielstil, formt sich zur Rossinischen Arie und Arietta, verspinnt sich zum Duett, Terzett und fugenartigen Ensemble, ohne durch inspirative Pünktchen und instrumentale Originalität Lebendigkeit und abwechslungsreiches Zueinandergerissen zu erzielen. Pointe und Wort werden vom Ton unterdrückt, so daß ganze Partien, die dadurch rein aufs Klangliche gestellt sind, aus Mangel an musikalischer Substanz wirkungslos vorübergehen. Besonders sichtbar wird diese Schwäche in dem Duett zwischen Abbate und Dottore, wo Bass und Bariton undifferenziert ineinanderfließen, und in dem schleppenden Quartett vom Asinus providentialis. Nur wo die italienische Ader ausbricht (wie in der Szene zwischen Colombina und Leandro), spürt man den Instinkt, der mit seinem Rhythmus zu glitzern und sich stilistisch anzupassen versteht.

Der humoristische Märchenstoff der „Turandot“ ist darum viel launiger mit dem kompositorischen Naturell Buionis verknüpft, das meistens effektiv an der Oberfläche schwelgt und bisser nur bei wirklichem Anlaß (wie in der „Borceosio allegro“, des Mannes Wiegenlied am Sarge seiner Mutter) eigene Klänge von erschütternder Dürftigkeit gefunden hat. In der Bearbeitung der Gozischen Turandotfabel zum Libretto wird noch wesentlich das Zueinanderwirken von Literat und Musiker erkennbar. Die allegorische Vertiefung der Charaktere ist vermieden. Nicht Gegenständlichkeit und Bewegtheit der Handlung verbindet sich mit musikalischen Elementen, sondern Willen, Farbe, märchenhafteres Spiel. Aber die Reuekraft des Orients wird nur spärlich in besonderen Klangreihen und instrumentalen Eigenheiten wiedergegeben, und Epitaph verknüpft sich mittelbarer im Rhythmus als intuitiv im Intervall. Gesprochenes und gesungenes Wort verschmelzen nicht miteinander, sondern existieren die Rolle des parodierten Chinesenalters Altum zu einem Deklamationspart mit Gesangseinlagen. Glücklich ist diese Verquickung in dem mehr rezitativisch gehaltenen Typ Turandots, des Euenenhauptlings, der eine wohlgeungene Lustspiel-Karikatur abgibt. Spannend kräftigt sich die Kessel-Szene, in der sich der Wechselgespräch zwischen Turandot, der düstern Kaiserstochter, und Kalaf, dem werdenden Märchenprinzen, melodisch schwingend steigert. Im ersten Akt befehlt die Krie Turandots „Doß ich ihn liebe“ noch einiges Interesse.

Zieht man die Quintessenz aus den beiden Werken, so fällt die Ausbeute an Eigenem sehr aus und der Gesamteindruck bleibt ein schwacher, wenn man nicht den geschickten Effektivisten in Buioni anerkennen und damit einen geringeren Maßstab an sein Schaffen

anlegen will, als er seiner künstlerisch und geistig außergewöhnlichen Persönlichkeit zukommt. Der beste Witz des Ganzen bleibt aber sicherlich das Aushängeschild: „La nuova Commedia dell'Arte“ (zu deutsch: hier werden alte Opern renoviert).

Farbenreichtum und Lichtschwingungen neuerer Richtung hätten in der hiesigen Ausstattung morgenländische Wunder herzaubern können. Weitschwingenes Gezeil, das man schon aus der Josephlegende her kennt, und möglichst symmetrische und einheitliche Wandbildnisse, nach Entwürfen von Emil Pichau, erfüllten ihren Zweck. Von der durchweg guten Besetzung übertrugte Waldemar Henke durch scharf wechselnde Charakterdarstellung, Robert Furt durch den Reichtum seiner Stimmmittel, Lola Krüger die Pädilia durch das klare, satte Durchdringen des arischen Stils, Leo Bloch führte das Orchester mit überlegenem Verstand.

J. J. Windisch

Ein Besuch in der Volkshochschule

Von William Orr (New York)

Der Verfasser, der als Delegierter der amerikanischen „Young Men Christian Association“ (Vereinigung junger Männer) die Einrichtungen der „Volkshochschule Groß-Berlin“ zu studieren Gelegenheit hatte, schildert in zahlreichen und weit verbreiteten Zeitungen seine Eindrücke von dem genannten Institut. Er hat nicht nur an sich, sondern auch an Exponaten der wachsenden Meritbildung, die aus Auslandskulturischen Bestrebungen Deutschlands dieser Art entspringt, von Interesse.

In einem Klassenraum des Realgymnasiums einer Berliner Vorstadt findet man abends zwischen 8 1/2 bis 8 Uhr eine Anzahl Menschen versammelt, von denen die meisten tagsüber in den großen A. G. Werken oder in der Automobilindustrie beschäftigt sind; es mögen etwa zwanzig Männer und Frauen sein, beide Geschlechter ziemlich in gleicher Zahl vertreten.

Gepannter Aufmerksamkeit läßt diese Menschen binnen kurzem ihre Umgebung vergessen — sie sind Hörer der Bezirksarbeitsstätte der Volkshochschule Groß-Berlin. Sie stehen im Alter zwischen 25 und 40 Jahren. Die meisten sind Angehörige oder Handarbeiter, die weiblichen zum Teil Hausfrauen. An allen findet man die Kennzeichen und Merkmale des bitteren Kampfes ums Dasein, in den das deutsche Volk gestellt ist. Gleichwohl vergehen diese Menschen ihre Angst und Sorgen in dem Maße, in dem sie in die der Materie entzückte Welt der Geister eindringen.

Der Lehrer ist ein Mann von etwa 35 Jahren; seine Methode besteht darin, zur Aussprache anzuregen und sie zu leiten, im ausgesprochenen Gegenlag zur Unterrichtsart der Univeritäts-lehrer, der fortwährend vorträgt, ohne eine Meinungsäußerung seinen Zuhörern zu gestatten, geschweige denn herauszufordern. Bei diesem Volkshochschulunterricht werden Meinungen ausgetauscht, Ansichten prallen gegeneinander, dann und wann

Groß-Berlin

Die Krise bei der Berliner Straßenbahn

Das finanzielle und damit das Verkehrsschicksal der städtischen Berliner Straßenbahn wird aller Voraussicht nach leider auch in diesem Jahr keine tröstliche Wendung erhalten und eine Besserung erfahren. Das ist allen sonstigen optimistischen Auffassungen gegenüber das Ergebnis der eingehenden Besprechung, die sich in der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation an den Bericht des Stadtrats Dr. Adler, über die Lage der Straßenbahn und an die Mitteilungen des Stadtkämmerers Dr. Karling, über die nicht minder ernste Finanzlage der Stadt, anknüpfte. Es ist nicht gelungen, die für 1921 von der Direktion als unbedingt notwendig gehaltenen 120 Millionen für eine einigermaßen angemessene Erneuerung des Bahnkörpers und der Wagen zu beschaffen. Selbst die 35 bis 40 Millionen, die aus den infolge des 1. März-Tarifes erhöhten laufenden Einnahmen erhofft werden, können natürlich nicht auf einmal verwandt werden, da sie erst im Laufe des Jahres nach und nach eingeht. Das einzige ist, daß der Magistrat selbst der Straßenbahn einen kleinen Kredit eingeräumt hat. Da der Fahrpreis nicht weiter gesteigert werden kann, die Einnahmen infolgedessen nicht weiter anwachsen, muß die Straßenbahn das System der inneren Ersparungen durchzuführen, mit dem sie bereits begonnen hat. Die Einnahmenschneidungen usw. sind bereits zu 11 Prozent des Gesamtbetriebes durchgeführt, ohne daß dies den Fahrgästen zum Bewußtsein gekommen ist. Weitere Einsparungen sollen im Juni folgen. Schwere Sorgen machen der Straßenbahn die bekannten Fragen wegen der Entlassung und Kündigung der Arbeiter und Angestellten. Die Straßenbahn selbst kann in ihren eigenen Verhältnissen die Arbeiten aus Mangel an Geldmitteln nicht weiterführen und muß sie demnach einstellen. Die Reichswerke in Spandau haben nun einen größeren Kredit in Aussicht gestellt, wenn ihnen die Reparaturen der Straßenbahn zur Beschäftigung ihrer eigenen Arbeiter in Spandau übertragen werden. Dem Angebot soll nähergetreten werden, dadurch können aber nicht die bei der Straßenbahn überflüssig werdenden Kräfte weiterbeschäftigt werden. Bei der schlechten Finanzlage der Straßenbahn wurde auch beklagt, daß für die auf einen Wochentag fallenden Feiertage doppelter Lohn und daß auch für Sonntagsarbeit und Nacharbeit, die keine Ueberföhrung des Kraftunternehmens bedeutet, erhöhte Sätze gezahlt werden müssen. Infolgedessen arbeitet die Straßenbahn an Sonn- und Feiertagen stets mit großen Zuschüssen und Verlusten und das wirtschaftliche Ergebnis wird hierdurch auf das ungünstigste beeinflusst. Auch der Stadtkämmerer nahm gegen diese Lohnpolitik, die sich bei keiner deutschen Straßenbahn wiederfindet, auf das entschiedenste Stellung. Es sollen nunmehr Verhandlungen angehängt werden, die darauf abzielen, diese Bestimmungen des Tarifvertrages zu beseitigen, jedoch dürften diese kaum vor Ablauf des Jahres zu einem Resultat führen.

Die Zukunft der Berliner Straßenbahn wird auch von der weiteren Entwicklung der Autobusse abhängen. Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft wird ihre in günstiger Entwicklung befindlichen Linien, deren Zahl jetzt fünf beträgt, um acht vermehren, und dem Verkehrsamt liegen weitere Anträge von anderen Gesellschaften vor. Einer dieser Anträge, der drei Linien der Deutschen Elektrobuss-Gesellschaft betrifft, wurde gestern eingehend besprochen. Die Verkehrsdeputation gelangte zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Eröffnung anderer Omnibusbetriebe noch nicht angängig sei, daß die weitere Entwicklung abgewartet werden müsse, daß man aber im Herbst der Frage näherzutreten müsse.

Mit der Hochbahngesellschaft sind Meinungsverschiedenheiten wegen der Neufestsetzung der Abgabe der Hochbahn an die Stadt entstanden, die durch ein Schiedsgericht geregelt werden sollen. Die Verkehrsdeputation benannte als Vertreter der Stadt den Geheimen Justizrat Wölfe und den Geheimen Baurat Professor Dr. Blum in Hannover.

Die neuen Tarife auf der Stadt- und Ringbahn

Ueber die bereits mitgeteilte Fahrpreiserhöhung im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr erläßt die Eisenbahndirektion Berlin jedoch noch folgende Bekanntmachung:

Die Fahrpreiserhöhung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft. Die Preise der einfachen Karten werden im allgemeinen um 30 v. H., diejenigen der Monatskarten um 50 bis 100 vom Hundert erhöht. Die künftigen Preise der Wochenkarten sind auf ein Drittel der neuen Preise für Monatskarten festgesetzt. Vom 1. Juli d. J. gelten nur die zu den neuen Preisen ausgegebenen Karten. Die bisherigen Fahrkarten werden mit Ablauf des 30. Juni d. J. ungültig. Die bis zu diesem Zeitpunkt gelösten und zur Fahrt noch nicht benutzten Karten werden jedoch bis zum 31. August d. J. gegen Erstattung des Fahrgeldes an den Fahrkartenschaltern zurückgenommen. In den Tarifbestimmungen des Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs treten am 1. Juli d. J. folgende wichtige Änderungen in Kraft: Der Uebergang in die zweite Wagenklasse ist künftig mit Monatskarten 3. Klasse ausgeschlossen. Die Bestimmungen über die Berechtigung zum Bezuge von Schülermonatskarten sind gänzlich umgestaltet. Der Bezugsbereich ist eingeschränkt worden. U. a. erhalten Personen in selbständiger Lebensstellung keine Schülermonatskarten mehr. Zur Ausgabe solcher Karten an Personen über 18 Jahre bedarf es in Zukunft der vorherigen Genehmigung des Verkehrsamtes, welche durch Vermittlung der Fahrkartenausgabe der Reiseantrittsstation durch Abgabe des

vorgeschriebenen Antrages spätestens acht Tage vor Beginn der Gültigkeit einzuholen ist. Die Anträge auf Verabsolung von Schülermonatskarten müssen insoweit vor dem 1. Juli schriftlich erneuert werden. Auf die alten Anträge werden Schülermonatskarten für den Monat Juli nicht mehr ausgegeben. Neue Vordrucke zu den Anträgen sind an den Fahrkartenschaltern erhältlich.

Amtdienst. Die Bureaufkränze über eine höchst überflüssige und geschmacklose Sprachschöpfung; sie vermehren unsere ohnedies schon verunstaltete deutsche Sprache mit acht bürokratischen Mißgeburten von Amisandrücken. Die neueste Leistung dieser Art ist das entsetzliche Wort: „Bezugsleistung“, womit die Zuschüsse von Gemeinde, Staat oder Reich zu Wohnungs- und Siedlungsbauten gemeint sind. Man sollte doch wenigstens im Publikum etwas mehr sprachliches Empfinden bewahren und die bürokratischen Sprachschöpfung nicht in die tägliche Umgangssprache übernehmen!

Falsche Auffassung über Bettelmuskanten. Der Reichsarbeitsminister schreibt uns: In der letzten Zeit mehren sich Ausführungen feuilletonistischer Art in der Presse, die das Strahlenmüßigen Kriegsbeschädigter zum Gegenstand haben. Darin wird vielfach die Meinung zum Ausdruck gebracht, die Kriegsbeschädigten seien mehr oder weniger auf Betteln und öffentliches Müßiggang angewiesen, um die zum Lebensunterhalt erforderlichen Mittel aufzubringen. In einem neuerdings veröffentlichten Aufsatze eines Berliner Mittagsblattes wird sogar gesagt, daß der Leierkasten für Kriegsinvaliden, insbesondere Kriegsblinde, die einzige Möglichkeit sei, Geld zu erwerben. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die erwähnten Aufsätze durchweg von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen und den tatsächlichen Umständen nicht entsprechen. Wirklich Kriegsbeschädigte sind dank der Tätigkeit der Fürsorge niemals darauf angewiesen, zum Betteln oder Leierkasten zu greifen. Daß überdies eine große Anzahl der angeblichen Kriegsbeschädigten, welche die Wirklichkeit keine Kriegsbeschädigten sind, ist wiederholt festgestellt worden. — Das mag im allgemeinen zutreffen; jedoch meinen wir immerhin, daß oft genug Kriegsbeschädigte mit ihren Unterhaltungen nicht auskommen und dann die Bettellei nicht zu ihrem Vergnügen betreiben.

Die Wohnungsinsektion 17a. Mittenwische 5 und 17b, Friedrichsfelde, Wilhelmstr. 1. und Mittwochs und Sonnabends für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Während der übrigen Werktage sind diese Stellen für das Publikum von 9—1 Uhr geöffnet.

Zentralisation der Erwerbslosenfürsorge in Lichtenberg. Einem Beschluß des Bezirksamts 17 (Lichtenberg) vom 13. April entsprechend, sind die Geschäftsstellen der Erwerbslosenfürsorge der früheren Gemeinden Friedrichsfelde, Biesdorf, Kausdorf und Maßdorf insoweit mit der Lichtberger Geschäftsstelle vereinigt worden. Alle Anträge in Fürsorgeangelegenheiten für den Verwaltungsbezirk 17 sind daher in der Geschäftsstelle Lichtenberg, Marktstr. 10-11, zu stellen, in der auch die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erfolgt. Die Kontrolle der Erwerbslosen von Friedrichsfelde und Biesdorf geschieht bis auf weiteres im Lichtberger Arbeitsnachweis, Marktstr. 10-11, während für die Erwerbslosen der anderen Gemeinden (mit Ausnahme von Lichtenberg) eine Stempelstelle in Kausdorf eingerichtet worden ist. Außerdem werden sämtliche Demobilisierungangelegenheiten vom Unterausschuß für den 17. Verwaltungsbezirk (Lichtenberg) in der Geschäftsstelle, Marktstr. 10-11, erledigt, ebenso wie die Berufsberatung durch den Arbeitsnachweis Lichtenberg, Abteilung Berufsberatung, Marktstr. 10-11, erfolgt.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Fortdauernd trocken und überwiegend heiter, in den Mittagsstunden warm, bei mäßigen östlichen bis nordöstlichen Winden.

Gewerkchaftliches

Ausperrung bei den Schichauwerken

Aus Elbing erhalten wir folgende Mitteilung: Ganz plötzlich und ohne welche berechtigten Gründe dafür zu haben, sind die Arbeiter der Schichauwerke von dem Unternehmer Carlson ausgesperrt worden. Trotz des provokatorischen Verhaltens desselben gegenüber den Arbeitern haben diese bis jetzt stets eiserne Disziplin bewahrt. Eine von den Arbeitern eingereichte Lohnforderung und die Beratung einer Arbeitsordnung dienten als Vorwand dazu. Ueber die näheren Vorgänge werden wir einen ausführlichen Bericht schreiben.

Quartalsgeneralversammlung der Transportarbeiter

Die am Montag stattgefundene Quartalsgeneralversammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin des Transportarbeiterverbandes ehrte zu Beginn der Tagung die Verstorbenen dieser Organisation in der üblichen Weise. Es wurde dann beschlossen, zwei Delegierte des Reichstages der kommunistischen Transportarbeiter an der Versammlung als Gäste teilnehmen zu lassen. Den gedruckt vorliegenden Geschäfts-, Klassen- und Arbeitsnachweisbericht erläuterte eingehend der Bevollmächtigte Othmann. Nach dem Bericht wurden 60 Angriffsbewegungen ohne

Streik und 8 Angriffsbewegungen mit Streik durchgeführt. Im ersten Quartal 1921 wurden 5613 Neuaufnahmen gemacht, die Uebertritte aus anderen Organisationen belaufen sich auf 2286. Durchschnittlich 7000 Stellungsuchenden fanden etwa 2500 gemeldete Stellen gegenüber. Der Mitgliederbestand am 1. April 1921 betrug sich auf 144 469 Mitglieder. Der Redner forderte, daß mehr als je gegen das Ueberhandnehmen von Unwesen Front gemacht werden müsse. In den Betrieben müsse eine schärfere Kontrolle über die Organisationszugehörigkeit einleiten. — Die Revisionskommission verlangte Entlastung der Kassierer und Unterassistenten.

In der kurzen Diskussion wurde schärfstens kritisiert, daß die einzelnen freien Gewerkschaften sich einander die Mitglieder abjagen versuchen. Lebhaft kommentiert wurde die Tatsache, daß auch Arbeiterfrauen, trotz Auffassung, bei bestimmten Firmen ihre Einkünfte machen. — Nach dem Schlußwort Othmanns, in dem er Einigkeit und Geschlossenheit mit Rücksicht auf bevorstehende Kämpfe forderte, wurde den Kassierern einstimmig Entlastung erteilt. — Otto Leuchner wurde als Mitglied der Bezirksverwaltung bestätigt. — Einem Antrage der Transportarbeiter-Betriebsräte auf Gewährung von Stimmrecht an den Vertreter in der Ortsverwaltung wurde zugestimmt. Den Hörern der Kätechne, die die einzelnen Kurse reiflos besucht haben, wird laut Beschluß die Höregebühr von der Ortsverwaltung erlassen werden. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag abgelehnt, der die Entsendung einer Delegation zum Moskauer Gewerkschaftskongress verlangte. Der vorgeschrittenen Zeit wegen wurde die Versammlung alsdann vertagt.

Verbandstag der Polizeibeamten

Die preußischen Polizeibeamten eröffneten am Sonntag in Habels Brauerei ihren 6. Verbandstag, der von Schrader, dem Verbandsvorsitzenden, geleitet wurde. Verschiedene amtliche Vertreter, desgl. ein Delegierter vom Deutschen Beamtenbund, wohnten der Tagung bei.

Aus den Verhandlungen ist für uns nur erwähnenswert das Referat Schraders über die Neuordnung der Polizei und die Auswirkung der Besoldungsordnung. Er erklärte, daß es notwendig sei, die Pünche des Volkes zu befreien, die es erst ermöglicht, Ruhe und Ordnung — im polizeilichen Sinne — aufrechtzuerhalten. Das Ansehen des Staates müsse auch ohne Blutvergießen gewahrt und das Vertrauen zur Polizei müsse erstrebt werden. Die Anstellung auf nur 12 Jahre bewirke, daß nicht die besten Kräfte herangezogen werden können.

Ueber die Forderungen der kommunalen Polizei sprach noch zwei Redner. Ein Ministerialdirektor trat verschiedenen Ausführungen entgegen und bat um tüchtige Mithilfe, der Staatsregierung beim Aufbau des Polizeiwesens zu helfen.

Wenn die Polizeibeamten im Sinne Schraders sich betätigen und von sich aus Elemente, wie einen Tameritz, ausmerzen werden, und wenn den reaktionären Herrschaften Helfersdienste verweigert bleiben, erst dann könnte ein besseres Verhältnis zwischen der breiten Masse der Bevölkerung und der Polizei hergestellt werden. Ein solches Wirken soll dann unsere ganze Unterstützung finden.

Parteiveranstaltungen

- Bezirksverband Berlin-Brandenburg**
- Am Mittwoch, den 1. Juni, soll vorabendlich eine Zentralkonferenz stattfinden. Mit ihnen aus die Parteimitglieder und die Vertreter der Kommunisten, rechtzeitig dem Verbandsvorsitzenden diejenigen Mitglieder nach zu machen, die an der Zentralkonferenz teilnehmen sollen. Die Geschäftsleitung.
- Dienstag, 24. Mai**
7. Verwaltungsbezirk (Mehlsack). Abends 8 Uhr Lesung und Diskussionsabend im Rathaus, Zimmer Nr. 1. Es wird ein neues Buch angelesen.
- Mittwoch, 25. Mai**
28. Verwaltungsbezirk. Abends 8 Uhr im Saal, Reinickendorfer-Ch. Brauerei. Vortrag des Genossen Seife.
1. Bezirk, 7. Meißelung. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung bei Seife, Reinickendorfer-Ch. Vortrag: „Ueber die politische Lage“.
- Wiederholungsabend. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Saal des Realgymnasiums, Buchholzer Straße. Tagesordnung: Referat der Genossen Löwenstein. Neuwahl des Komitees.
- Donnerstag, 26. Mai**
- Verlesung für Schilf und Erziehungszwecke. Anzeigen. Öffentliche Versammlung. Hr. Oberlehrer Erwin Stöber spricht über: „Die Bedeutung im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern“ in der Halle des Realgymnasiums Repton, Neue Kniezeile 6.
- Kreisverband Berlin-Steglitz S. N. Post-Rath-Str. 1. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Halle der Oberrealschule in Steglitz, Ellenstr. 3. Redner: anwalt Dr. Engel spricht über das neue Reichsmittelgesetz.
- Republikanischer Arbeiterklub. Ortsgruppe Hühnerberg. Abends 7 Uhr findet im Post-Casino, 180 die Monatsversammlung statt. Es sind Beschlüsse zum außerordentlichen Bundeskongress zu fassen.
- Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Dieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunistenpolitik, Politik u. Gewerkschaft: Gerhard Seeger, Berlin; für den Internatinal u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommerier, Karlsruhe. — Verlagsanfertigung: „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Große Str. 89.

Bereinskalendar

Mittwoch, 25. Mai

Zentralverband der Angestellten, Gruppe Einzelhandel (Papier, Schreib- und Spielwaren). Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung, Hauptlandsstraße, Neue Friedrichstr. 33.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Gruppe der Möbel- und Tischler. Die Monatsversammlung findet nicht stattfinden. 16-17, Jandera Schmalz Weinmeister, 16-17 hat.

Verband der Steinbrüder und Lithographen. Abends 8 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung. Ref.: Gen. Lepp.

Billige Hosen

Engros Export Detail

Reißgrau Ia	87 Mk.
Reißgrau II	70 Mk.
Reißgrau I	74 Mk.
Westerliche Hosen von 50-70	84 Mk.
Flot Ia	48 Mk.
Manufaktur	90 Mk.

Hosensabrik Weinbergswen 7

Prozesse

Alexanderstr. 45

Botenfrauen Exped. Johannistr. 9

(Ecke Weitestraße)

Kleine Anzeigen

Das Ueberbringerwort 2.-Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesucht Ueberbringerwort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.-Mk.

Wissen ist Macht

Wer sich über alle Fragen sachgemäß informieren will, der kommt nicht mit der Tageszeitung aus und auch diese steht den meisten nicht immer zur Verfügung.

Der muß Bücher, Broschüren und Zeitschriften zu Hilfe nehmen.

Diese kauft man in Berlin am besten in der

Buchhandlung „Freiheit“

BERLIN, Breite Straße 8-9

Geöffnet bis 6 Uhr abends

Homöopath.

Institut Weisanz

Mittelstr. 25 am Bahnhof

Gegen heftige **Ratenzahlungen**

Wir liefern wir: Teppiche, Gardinen, Bettwäsche, Chaiselongues, Bilddecken, Tischdecken, Bilder sowie Wohnausstattungen und Einrichtungsgegenstände zu soliden Preisen.

Gebr. Kabner

Burgstr. 6 am No. 10

Verkäufe

Abgefärbte, Rohre, Filter, Ersatzteile, Klein- u. Großmaschinen, Kleinfahrzeuge, etc.

Kaufgefunde

Zu kaufen gesucht: „Das Finanzkapital“... Besitzt aber gebrauchte... Ankauf an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Berlinische Straße 83.

Wohnung

Wohnung mit 3 Zimmern, Bad, Küche, etc. in der Nähe des Hauptbahnhofs. Preis 1200 Mk. Ankauf.

Möbel

Chaiselongue, gutes billiges, in der Nähe des Hauptbahnhofs. Preis 100 Mk. Ankauf.

Fahrräder

Motorräder, Kleinstwagen, etc. in der Nähe des Hauptbahnhofs. Preis 100 Mk. Ankauf.

Anfertigungen

Wohnung mit 3 Zimmern, Bad, Küche, etc. in der Nähe des Hauptbahnhofs. Preis 1200 Mk. Ankauf.

Selbstbau

Wohnung mit 3 Zimmern, Bad, Küche, etc. in der Nähe des Hauptbahnhofs. Preis 1200 Mk. Ankauf.

Verschiedenes

Wohnung mit 3 Zimmern, Bad, Küche, etc. in der Nähe des Hauptbahnhofs. Preis 1200 Mk. Ankauf.